
Irrtum ausgeschlossen

Ruprecht Polenz

Noch immer scheiden sich die Geister. Warum kommt die Debatte über „die 68er“ bis heute nicht zur Ruhe? Warum wird sie auch im Abstand von vierzig Jahren weniger als historische geführt sondern eher aus aktuell politischer Perspektive?

Protagonisten, Mitläuferinnen und Mitläufer von damals sind noch heute aktiv. Sie wollen auf ihre politische Vergangenheit nichts kommen lassen. Ein Eingeständnis der Verirrungen und Irrtümer könnte Zweifel aufkommen lassen nicht nur an der damaligen, sondern auch an der aktuellen politischen Urteilsfähigkeit aktiver Politiker, Journalisten, Lehrer oder Professoren. Mit trotzigem Veteranenstolz verkünden sie deshalb: „Deutschland wurde durch die 68er endgültig demokratisiert. Erst durch die antiautoritäre Revolte, durch die von ihr erzwungenen Veränderungen, die wiederum sie selbst veränderte, wurde aus einer formalen, einer bloß äußerlichen Demokratie eine gelebte demokratische Gesellschaft.“¹

Die alten dialektischen Tricks funktionieren noch. Die damaligen Grundgewissheiten werden zu Nebensächlichkeiten umgedeutet, unbeabsichtigte Nebenwirkungen, die sich der Bewegung zuschreiben lassen, sollen auf einmal im Mittelpunkt der – wie die 68er es damals sahen – revolutionären Kämpfe gegen das „System“ der Bundesrepublik Deutschland und des internationalen Monopolkapitals gestanden haben. Als sei es nur gegen Mief und Spießigkeit gegangen, verklären Woodstock und Wohngemeinschaften den Blick vieler Alt-68er auf damals.

Die Apologeten tun so, als wäre unsere heutige Gesellschaft das Ziel der 68er gewesen. Das Gegenteil ist richtig. Nichts lag der linksradikalen Studentenbewegung ferner als das Bestreben, unsere Gesellschaft zu reformieren, sie schrittweise zu verbessern. Die 68er haben Rechtsstaat, parlamentarische Demokratie, Marktwirtschaft, eine pluralistische und offene Gesellschaft als „System“ denunziert, das es abzuschaffen gelte. Sie waren radikal, fanatisch und militant.

Wie bei jeder Bewegung gab es einen harten, politischen Kern und andere, die mitliefen, ohne alle Ziele zu teilen oder einfach deshalb, weil die Freunde und Freundinnen dabei waren, weil man gern bei der Mehrheit sein wollte, kurz: weil es einfach „in“ war, dabei zu sein. Dieser Beitrag setzt sich mit dem harten Kern der 68er auseinander.

Als 68er war man Marxist. Das schloss zwar nicht aus, dass sich orthodoxe, undogmatische, anarchistische, leninistische, trotzkistische oder sonstige Strömungen untereinander aufs Heftigste streiten konnten, um sich im Lauf der Jahre in ungezählte Rote Zellen, kommunistische Gruppen und Grüppchen, die so genannten K-Gruppen, aufzuspalten. Aber der Marxismus in all seinen Spielarten gab ihnen Heilsgewissheit, Irrtum ausgeschlossen.

Es war eine wissenschaftlich begründete Gewissheit, wie man meinte. Die 68er sahen sich im Einklang mit historischen Gesetzmäßigkeiten und glaubten sich im Besitz der Wahrheit. Nur sie hatten das „richtige Bewusstsein“, hatten die „Manipulationen der bürgerlichen Presse“, vor allem der Publikationen des Springer-Verlags durchschaut und waren deshalb berufen, als revolutionäre Avantgarde zu agieren.

Die 68er fühlten sich auf der fortschrittlichen, der richtigen Seite der Geschichte: Wir gegen die, Freund gegen Feind, Gut gegen Böse – so der manichäische Blick auf

die Welt. Antifaschismus, Antikapitalismus, Antiimperialismus – diese Trias prägte das politische Denken.

Die 68er wollten eine Revolution und sie hielten sie für machbar, ja für unvermeidlich. Darauf haben sie hingearbeitet, nicht wenige von ihnen auch mit Gewalt.

Und weil nicht sein kann, was nicht sein darf, will man als Alt-68er auch damals Recht gehabt haben, will heute von den alten Zielen nichts mehr wissen, bagatellisiert die angewandten Methoden, diese Ziele zu erreichen. Stattdessen schreibt man sich Resultate und Erfolge zu, die man damals verächtlich als „systemstabilisierend“ und reformistisch abgetan hätte.

Es wäre eine Diktatur geworden

„Die Achtundsechzigerbewegung hatte durchaus den Willen, sich machtpolitisch durchzusetzen und entsprechende Erfolge zu erringen“, so Wolfgang Kraushaar, der damals als späterer Mitbegründer der Sozialistischen Hochschulinitiative und Frankfurter AStA-Vorsitzender dabei war, in seiner durchaus kritischen Bilanz.²

Wie sähe Deutschland heute aus, wenn die 68er ihre Ziele erreicht hätten? Nur wenige der Alt-68er sehen und sagen dies heute so klar wie Winfried Nachtwei, MdB. Es sei ein „historisches Glück“ gewesen, dass die K-Gruppen nicht die Möglichkeit hatten, an die Macht zu kommen. „Das wäre eine Diktatur geworden.“³

Trotzdem schwärmen andere noch heute von ihren damaligen Zielen und mahnen einen neuen Anlauf an, um sie doch noch zu erreichen. „Die 68er, sie wollten ganz Großes. Eben das, was ein paar bärtige Typen, die Zigarren im Mund, breit grinsend, auf einer karibischen Insel vorgemacht hatten: die alte Ordnung stürzen. Eine andere Gesellschaft. Ohne Ausbeutung. Ohne oben und unten. Liber-

té, Egalité, Fraternité. Das war der Traum. Das war das Ziel.“⁴

Bei so hehren Zielen war die Versuchung groß, vieles zu rechtfertigen. Welche Mittel sollten nicht geheiligt sein, wenn es doch um den Zweck ging, eine ideale Gesellschaft zu schaffen? Aber „der Versuch, den Himmel auf Erden einzurichten, produziert stets die Hölle.“⁵ Kraushaar behauptet an anderer Stelle, die außerparlamentarische Opposition (APO) sei vor allem eine vielgestaltige Bewegung des Protests gewesen. „Keinesfalls aber ging es ihr bereits um Fragen der Macht.“⁶

Diese Deutung entlastet die 68er von ihren revolutionären Zielen. Aber nur wenn man die Revolution so ernst nimmt wie weiland Dutschke & Co. selbst, lässt sich die Radikalität der praktizierten Mittel verstehen, mit der man gegen Staat und Gesellschaft anrannte. Außerdem verfügten die 68er in vielen Universitäten tatsächlich über Macht, die sie ziemlich hemmungslos zu gebrauchen wussten. Wer den revolutionären Anspruch der 68er ausblendet, verkennt auch die tieferen Selbstrechtfertigungsgründe für das Abgleiten vieler in Gewalt.

Eher also mit Blick auf die Nebenfolgen schreibt Kraushaar der Bewegung in politischer Hinsicht „zumindest drei Erfolge“ zu: „Ein bislang selten eingeräumter Teilerfolg in der Antinotstandsbewegung und ein fast vollständig ignoriertes Erfolg in der Bekämpfung der NPD, deren Einzug in den Bundestag im Herbst 1969 scheiterte. Daraus resultiert der dritte Erfolg, zu einer parlamentarischen Mehrheit für die Bildung einer sozialliberalen Koalition maßgeblich beigetragen und auf diese Weise innenwie außenpolitisch eine reformorientierte Politik ermöglicht zu haben.“⁷

Mit dieser Lesart der eigenen Vergangenheit mag es sich zwar für manchen Alt-68er, der seine neue politische Heimat inzwischen bei den Grünen oder der SPD gefunden

hat, leichter und bequemer leben als sich ernsthaft mit der Frage auseinanderzusetzen, wie Deutschland heute aussähe, wenn man die eigenen Ziele von damals hätte verwirklichen können.

Die Dutschkes, Rabehls und Wolffs hatten nun einmal alles andere im Sinn, als Willy Brandt an die Macht zu bringen. Nicht ohne Grund dominierten die aus den anti-autoritären Anfängen hervorgehenden K-Gruppen der verschiedensten kommunistischen Couleur die Studentenbewegung in der Zeit nach 1969, als Willy Brandt Kanzler einer sozialliberalen Koalition war. Aus ihrer Sicht machte es im Hinblick auf den „faschistoiden Charakter des bundesrepublikanischen Systems“ keinen Unterschied, auf den es angekommen wäre, wer in Bonn regierte. Schließlich wollte man das ganze System abschaffen, es „überwinden“.

Zwar wurden die Notstandsgesetze, die für den Spannungs- und Verteidigungsfall die staatliche Handlungsfähigkeit sicherstellen sollten, im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens verändert und verbessert.⁸ Dies geschah auch unter dem Eindruck des Protests, der von den 68ern und den Gewerkschaften lautstark und nachdrücklich vorgetragen worden war und der seinen spektakulären Höhepunkt mit der Demonstration von 60.000 Menschen am 11. Mai 1968 im Bonner Hofgarten gefunden hatte.

Aber Verbesserungen der Notstandsgesetze, für die sich auch der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) eingesetzt hatte, waren weder das Ziel der 68er, noch wurden sie von ihnen zur Kenntnis genommen und als Erfolg gewürdigt – letzteres bezeichnenderweise bis heute nicht, wie Kraushaar richtig schreibt. Der Grund dafür ist einfach: Für die 68er waren die Notstandsgesetze ein Beleg dafür, dass die Bundesrepublik immer mehr zu einem faschistischen Staat würde.

Nichts bringt diese Bewertung besser auf den Punkt als der damals auf vielen Transparenten und Flugblättern zu lesende Slogan „1933 Ermächtigungsgesetz – 1968 NS-Verfassung“. Aus diesem verzerrenden Blickwinkel konnte es nur um eine pauschale Ablehnung der Notstandsgesetze gehen. Dass dann bei einem Staatsnotstand die alliierten Vorbehaltsrechte mit wesentlich weiter reichenden Eingriffsbefugnissen zur Anwendung gekommen wären, spielte für die 68er keine Rolle.

„Kapitalismus führt zum Faschismus“

Für die Studentenbewegung hatte die über Monate laufende Kampagne gegen die Notstandsgesetze eine außerordentlich starke mobilisierende Wirkung. An praktisch allen deutschen Universitäten wurden immer wieder Teach-ins abgehalten, oft vor über tausend Studentinnen und Studenten, selten kürzer als fünf oder sechs Stunden.

„Kapitalismus führt zum Faschismus“ – und die Notstandsgesetze beweisen das. Fast alle, die das Wort ergriffen, variierten diese These, von deren Wahrheitsgehalt sie selbst zutiefst überzeugt waren. Nur wenn man unterstellt, dass viele tatsächlich einen neuen Faschismus vor der Tür sahen, wird die erbitterte Energie verständlich, mit der die Kampagne gegen die Notstandsgesetze geführt wurde.

Inzwischen ist die damals verabschiedete Notstandsgesetzgebung seit vierzig Jahren Bestandteil der Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland. Keine einzige der damals an die Wand gemalten Befürchtungen ist eingetreten. Trotzdem kommt bis heute kaum einem der Alt-68er das Eingeständnis über die Lippen, dass man sich bei einer zentralen und für die 68er konstitutiven Kampagne veranant und geirrt hat. Irrtum ausgeschlossen – das gilt für viele, die damals dabei waren, bis heute.

Und wie sieht es mit dem Erfolg aus, 1969 den Einzug der NPD in den Deutschen Bundestag verhindert zu haben? Dieser Erfolg hat mehr Väter und Mütter, als nur die 68er, die sicherlich mit ihren zahlreichen und vielfältigen Aktionsbündnissen auch ihren Anteil daran hatten. Sich allein den Erfolg zuzuschreiben ist aber eher ein Beitrag zur Legendenbildung.

Denn nachdem es der 1964 gegründeten rechtsradikalen NPD gelungen war, am 28. April 1968 mit 9,8 Prozent der Stimmen und zwölf Mandaten in den baden-württembergischen Landtag einzuziehen, gab es bei allen Demokraten die Sorge, dass ihr auch bei der Bundestagswahl der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde gelingen könnte. Deshalb machten auch die demokratischen Parteien CDU und CSU, SPD und FDP, Gewerkschaften und Kirchen gegen die NPD mobil. Auch für den RCDS stand im Jahr 1969 vielerorts eine Anti-NPD-Kampagne im Mittelpunkt der politischen Aktivitäten.

Übersehen werden darf auch nicht, dass die Anti-NPD-Kampagne der 68er eingebettet war in die „systemüberwindende“ Gesamtstrategie. Deshalb wurde die Kampagne nicht als schlichte Anti-NPD-Kampagne geführt, sondern umfassender von einem „Bündnis gegen Restauration, Neofaschismus und Notstandspläne.“ Denn für die 68er war die NPD vor allem ein weiterer Beleg für einen angeblich unmittelbar drohenden „offenen Faschismus“ in Deutschland, nachdem man den „faschistoiden Charakter“ der Bundesrepublik mit aller theoriegesättigten Selbstgewissheit längst diagnostiziert hatte. „Kapitalismus führt zum Faschismus“ – daran änderte sich für die 68er auch durch die Niederlage der NPD nichts.

*Eine hartnäckige Legende: Die 68er als Aufklärer der
Nazi-Vergangenheit*

Die Apologeten der 68er behaupten, erst die Studentenbewegung habe eine Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit bewirkt. Diese Legende hält sich besonders hartnäckig.

„Das ist ihr großes Verdienst: Sie waren die Putztruppe, die den Untertanengeist, die Demut vor Uniformen vertrieb, die Nazi-Deutschland ausfegte.“⁹ Erst die 68er hätten ihre Väter gefragt, was sie in Krieg und Nazi-Zeit gemacht hatten. Erst durch die Anstöße der Studentenbewegung habe sich die Bundesrepublik mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und den begangenen Verbrechen wirklich auseinandergesetzt. „Die Aufdeckung und die Aufarbeitung der Schuld der Väter- und -Mütter-Generation der 68er markierte den Sprung von einer formalen zu einer gelebten Demokratie. Eine Gesellschaft, in der die Eliten des Nationalsozialismus, die Angehörigen der SS, der NSDAP sowie Marinerichter bis hinein ins Kanzleramt weiterhin das Sagen hatten, in der es keine Institution gab ohne eine braune Geschichte, ohne Teilhabe am größten Verbrechen der Menschheit, eine solche Gesellschaft wurde nicht einfach dadurch demokratisch, dass sich diese Eliten nun Wahlen stellen mussten. Das war nötig, aber nicht hinreichend. Es bedurfte des Bruches mit dieser Geschichte.“¹⁰ Ähnlich wie hier Jürgen Trittin reden sich viele Alt-68er die eigene Vergangenheit schön.

Denn nicht die 68er, sondern die Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahr 1949 markiert den normativen Bruch der Bundesrepublik Deutschland mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die von Konrad Adenauer in den 1950er Jahren durchgesetzte Westbindung und die Weichenstellungen für eine europäische Integration sollten deutsche Sonderwege künftig ausschließen und die Bun-

desrepublik dauerhaft im westlichen Wertesystem verankern. Eine auf Aussöhnung und Verständigung mit den ehemaligen Kriegsgegnern gerichtete Politik und die Wiedergutmachungsanstrengungen gegenüber Israel konnten natürlich die von Deutschland begangenen Verbrechen nicht ungeschehen machen. Diese Politik von allen im Bundestag vertretenen Parteien zeigte jedoch, dass und wie aus der Geschichte gelernt werden sollte.

„In dem Berg von Schriften der APO, im ‚Kursbuch‘ oder in den Texten Dutschkes findet sich nichts zu den Nazi-Verbrechen.“¹¹ Junge Staatsanwälte und Kriminalbeamte haben durch die von ihnen eingeleiteten Prozesse zu Auschwitz oder Treblinka über die Verbrechen bereits seit Beginn der 1960er Jahre auch öffentlich aufgeklärt. 1967 und 1968 wurden die meisten NS-Strafverfahren in der Bundesrepublik durchgeführt. Mehr als vierzigmal in diesen beiden Jahren lautete das Urteil „lebenslänglich“. Die damaligen Zeitungen belegen die Erschütterung, die durch diese juristische Aufarbeitung der Vergangenheit ausgelöst wurde. Die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit wurde, wie der Historiker Götz Aly feststellt, im Wesentlichen von liberalen Historikern geleistet.¹²

Es war nicht die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Verbrechen, mit der sich die 68er auseinandergesetzt haben. Sie folgten einer allgemeinen Faschismustheorie, die schon Ende der 1920er Jahre von Kommunisten propagiert worden war: „Kapitalismus führt zum Faschismus“. Das Monopolkapital, die Großbanken und die ihnen dienenden politischen Kräfte bringen den Faschismus an die Macht.¹³

Dies erklärt auch, warum personelle Kontinuitäten aus der Zeit des Dritten Reiches in der DDR von den 68ern in keiner Weise kritisiert wurden. Schließlich war dort das Privateigentum an Produktionsmitteln abgeschafft, der Kapitalismus überwunden und die Gefahr des Faschismus folglich gebannt.

Der Antifaschismus der 68er hat den deutschen Nationalsozialismus zu einem allgemeinen und internationalen Phänomen verallgemeinert und ihn so, wenn auch ungewollt, verharmlost.

Hort des Monopolkapitals waren die USA. Von ihnen ging für die 68er die größte faschistische Gefahr aus. „USA – SA – SS“ hieß die Parole. Damit „exportierten sie die deutsche Verantwortung für den millionenfachen Mord ins Ausland. Plötzlich wohnten die Völkermörder nicht mehr nebenan oder in den eigenen Familien, sondern in Washington. Die linksradikalen Studenten identifizierten sich mit den Unterdrückten in aller Welt, nur nicht mit denjenigen, die von Deutschen unterdrückt, deportiert und ermordet worden waren.“¹⁴

Das kam auch in der einseitigen Parteinahme vieler 68er im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zum Ausdruck. Die dort lebenden Juden erschienen in den Augen mancher SDS-Mitglieder nach dem Sechstagekrieg im Juni 1967 auf einmal selbst als Täter. Nach dem Sieg der israelischen Armee schien es keine Notwendigkeit mehr zu geben, Juden weiterhin als Opfer des Faschismus zu betrachten.¹⁵

Man unterschied fein säuberlich, wie man meinte, zwischen Antisemitismus, mit dem man selbstverständlich nichts zu tun habe und Antizionismus. Und an der Seite der Palästinenser gegen den Zionismus zu sein bedeutete, sich auch im Nahen Osten auf die Seite der „Befreiungsbewegungen“ der Dritten Welt zu stellen, wie man es in Kuba, Vietnam oder Angola bereits getan hatte.

Dieter Kunzelmann, Gründungsmitglied der Kommune I und späterer Gründer der Tupamaros West-Berlin, einer militanten, sich als „Stadtguerilla“ verstehenden Gruppe, brachte seine jüdenfeindliche Einstellung allerdings unverblümt zum Ausdruck. Er setzte Palästina mit Vietnam gleich, Faschismus mit Zionismus und Israel mit dem

Dritten Reich. Al Fatah bedeutete damit Antifaschismus. „Mit dieser Verkettung wurde eine Tilgung von Schuldgefühlen vollzogen und zugleich eine neue Haltung in Position gebracht – die rückhaltlose Identifikation mit den Palästinensern.“¹⁶

Sicher haben nicht alle 68er diese Position geteilt. Aber eine einseitige und völlig unkritische Parteinahme für die Palästinenser war weit verbreitet; das viel getragene „Palästinensertuch“ war nicht nur ein modisches Accessoire.

Eine „weltbürgerliche Haltung“ schreibt Ralf Fücks, Protagonist der Post-68er und heute Vorstand der den Grünen nahe stehenden Heinrich-Böll-Stiftung der Bewegung auf die Habenseite ihrer historischen Bilanz. „Zu den fundamentalen Veränderungen, die von 1968 ausgingen, gehört die Globalisierung der politischen Öffentlichkeit. ... Der Vietnamkrieg, die amerikanische Bürgerrechtsbewegung, die Kämpfe gegen das Kolonialsystem im südlichen Afrika, die Ereignisse in der Tschechoslowakei und die chinesische Kulturrevolution begeisterten Hunderttausende von Aktivisten, sie beschäftigten die Phantasie und wurden Anlass zum Handeln. ... 1968 wurde zum Ausgangspunkt für eine globale politische Öffentlichkeit, in der fern liegende Ereignisse nicht nur passiv beobachtet, sondern als ‚eigene Sache‘ verstanden werden.“¹⁷

Das klingt im heutigen politischen Kontext, als wäre es den 68ern um eine „Eine-Welt-Politik“ gegangen, um mehr Solidarität des Nordens mit dem Süden, fairen Handel und die Beseitigung ungerechter Strukturen. Letztere hatte man durchaus im Blick, aber nur aus einer ganz bestimmten Perspektive. Der Kapitalismus als solcher war schuld, Besserung nur durch seine weltweite Abschaffung zu erwarten.

Dies erklärt übrigens auch, weshalb der Prager Frühling und seine Niederschlagung durch die Sowjetunion im August 1968 entgegen vielen anders lautenden Behauptungen

für die 68er praktisch keine Rolle spielte. Es war vor allem der RCDS, der dieses Ereignis an den Universitäten thematisierte und zur Solidarität mit dem tschechoslowakischen Volk aufrief.

Totalitäre Vorbilder für den antiimperialistischen Kampf

Was in Prag geschah, fiel aus dem Ansatz heraus, mit dem sich die 68er die Welt erklärten. Man glaubte einer Imperialismustheorie, die Lenin, Rosa Luxemburg und Bucharin entwickelt hatten. Lenin hatte in seiner Imperialismustheorie den Monopolkapitalismus als letztes Stadium des Kapitalismus diagnostiziert, der sein Absterben durch die Ausbeutung unterdrückter Nationen hinauszuschieben suche. Die 68er folgten diesem Erklärungsansatz, der es nahe legte, den Kampf zur Abschaffung des Kapitalismus im eigenen Land mit einer Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt zu verbinden (der kapitalistische Westen war die erste, die Sowjetunion und ihr Imperium die zweite Welt).

Es lag deshalb in der Natur dieser Betrachtungsweise, dass nur solche Befreiungsbewegungen mit Sympathie bedacht und unterstützt wurden, die ebenso antikapitalistisch waren, wie man selbst. Diese Unabhängigkeitsbewegungen in der Dritten und die Oppositionsbewegungen in der Ersten Welt sollten in einem global gedachten Revolutionskonzept miteinander verbunden werden.¹⁸

Man begeisterte sich für die chinesische Kulturrevolution. Wandzeitungen wurden als Kommunikationsmittel importiert und kündigten jetzt auch von den Institutswänden in Heidelberg, Münster oder München Termine und Gründe für die nächste Demo, Vollversammlung oder Streikaktion an. Die kleine rote „Mao-Bibel“ avancierte zum Bestseller in den Universitätsstädten der Bundesrepu-

blik. Dass der Kulturrevolution Hunderttausende zum Opfer fielen, dass die Roten Garden in menschenverachtender Weise Intellektuelle demütigten und verfolgten – die Gräueltaten der Kulturrevolution taten der völlig unkritischen Verehrung der 68er für Mao Tse-tung keinen Abbruch.

Auch das massenmörderische Regime von Pol Pot in Kambodscha, unter dessen Schreckensherrschaft der Roten Khmer mehr als 1,7 Millionen Menschen ums Leben gebracht worden sind, konnte sich auf Unterstützung von Gruppierungen verlassen, die aus den Reihen der 68er entstanden waren. Noch 1980 würdigte der frühere Heidelberger SDS-Vorsitzende Joscha Schmierer, inzwischen eine maßgebliche Figur des Kommunistischen Bund Westdeutschland (KBW), in einer an Pol Pot gerichteten Grußbotschaft den erfolgreichen Befreiungskampf gegen den US-Imperialismus, den Wiederaufbau des Landes und die gelungene Einführung des Sozialismus.¹⁹

Antikapitalismus wichtiger als Demokratie

Sozialismus, in welcher Schattierung auch immer – darauf kam es den 68ern an. Man hätte im Traum nicht daran gedacht, sich für seinen Internationalismus Mahatma Gandhi zum Vorbild zu nehmen. In der Gewaltfrage hatte man sich anders entschieden und Demokratie war nicht das entscheidende Ziel. Antikapitalismus war für die 68er wichtiger als Demokratie.

Man muss deshalb genau hinsehen, wenn Alt-68er heute von einer „Erweiterung der Sphäre der Demokratie“ sprechen, die der Bewegung gutzuschreiben sei²⁰ oder vollmundig behaupten, „sie hat die Grundlage für die deutsche Demokratie gelegt.“²¹

Mit der Demokratie des Grundgesetzes hatten die 68er nichts im Sinn. Die parlamentarische, repräsentative De-

mokratie galt ihnen genauso wenig wie Gewaltenteilung oder Minderheitenschutz. Sie waren antiparlamentarisch und gegen die etablierten Parteien. CDU, CSU, SPD oder FDP – für die 68er machte dies keinen Unterschied, auf den es angekommen wäre. Wer sich als Student einer der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zugehörig fühlte, sah sich von der 68er-Bewegung ausgegrenzt. Nicht wenige Mitglieder von SPD oder FDP engagierten sich deshalb im unionsnahen RCDS. „Gemäßigte gegen Linksradi-kale“ – das waren die Formationen, die sich damals an den Universitäten gegenüberstanden.

Die parlamentarische Demokratie war für die 68er eine bloß formale, die man gering schätzte und der man wenig Legitimität zubilligte, weil auf der Basis kapitalistischer Produktionsbedingungen eben keine wirkliche Demokratie möglich sei. Das Repräsentationsprinzip habe zur Entfremdung des Volkes von seinen Vertretern geführt. Das Parlament spiele dem Volk gegenüber die Rolle eines „Transmissionsriemens der Entscheidungen politischer Oligarchien.“²² Die ursprünglich am Marktmodell orientierte parlamentarische Demokratie transformiere sich hinter einer aufrechterhaltenen und brüchiger werdenden rechtsstaatlichen Fassade in einen autoritären Staat. Zwar sei die Bundesrepublik Deutschland kein faschistischer Staat, „aber die Kerntendenz der Abwehr gegen Emanzipation in der Bundesrepublik, im bürgerlichen Staat, ist faschistisch. Das heißt konkreter formuliert und auch historischer: Der Umschlag in den offenen Faschismus ist dem bürgerlichen Staat immanent.“²³

Rätedemokratie statt Parlamentarismus

Weil die Bundesrepublik Deutschland in ihrer Kerntendenz „faschistisch“ sei, bleibe einer außerparlamentarischen Opposition letztlich nichts anderes übrig, als einen

antiparlamentarischen Kampf zu führen.²⁴ Mit ihrer Verachtung der liberalen Demokratie und ihrem Antikapitalismus bewegten sich die Linksradiakalen von 1968 in einer unheiligen Tradition der Abwehr der westlichen Moderne.²⁵

Rätedemokratie lautete die Alternative der 68er. Identität zwischen Regierenden und Regierten, Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen – so die proklamierten hehren Ziele, die freilich von den historischen Vorbildern der Arbeiter- und Soldatenräte, der Betriebs-, Verwaltungs- und Bauernräte am Ende des Ersten Weltkrieges in Russland, Deutschland oder Italien nicht erreicht worden waren. Dass es dafür gute Gründe gab, interessierte nicht. Wo die 68er die Macht dazu hatten – in der studentischen Selbstverwaltung, an Universitäten, in Jugendzentren oder Kinderläden – experimentierte man mit rätedemokratischen Modellen.

Die Grundprinzipien des Rätessystems sahen vor: „1. Alle leitenden Positionen werden durch Wahl besetzt. 2. Die Urwähler treten als geschlossene Wahlkörper auf der untersten Ebene des gesellschaftlichen Lebens in Aktion und bilden ihren politischen Willen in den Versammlungen dieser Urwahlkörper. 3. Die Urwähler fällen eine möglichst große Zahl der Entscheidungen selbst. ... 4. Die gewählten Vertreter sind in ihren Entscheidungen nicht frei, sondern an die Mandate ihrer Wähler gebunden. 5. Sie unterliegen der dauernden Kontrolle durch die Urwähler, müssen ihnen laufend Rechenschaft geben und können jederzeit durch sie abberufen werden.“²⁶

Die auf Rousseau zurückgehende Vorstellung einer Identität von Regierenden und Regierten fördert durch die Aufhebung der Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative eine Machtkonzentration, die Herrschaft von Menschen über Menschen verstärkt, statt sie zu begrenzen und einzuhegen.

Institutionalisierter Minderheitenschutz lässt sich durch Räte­demokratie nicht gewährleisten. Das imperative Mandat wirkt kompromissfeindlich, weil der Verhandlungsspielraum gewählter Vertreter durch die ständige Pflicht zur Rückkopplung an die „Basis“ stark beschnitten ist.

Die 68er machten aus ihren räte­demokratischen Überzeugungen den Anspruch, alle für das politische Handeln relevanten Entscheidungen in Vollversammlungen zu fällen. Das imperative Mandat sollte sicherstellen, dass sich Gewählte nicht gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern verselbstständigen konnten.

Zu inneruniversitärem Machtgewinn eigneten sich diese Vorstellungen vorzüglich. Vollversammlungen konnten durch ihre Beschlüsse praktisch alles legitimieren – schließlich konnte ja theoretisch jeder und jede an ihren Abstimmungen teilnehmen. Und die Grenzen setzende allgemeine Rechtsordnung war ja aus der Sicht der 68er nur eine formale; begrenzte und später immer weniger begrenzte Regelverletzungen waren deshalb durchaus erlaubt, wenn die Vollversammlung es „legitimierte“.

Diese Form der „Vollversammlungs­demokratie“ setzt eine sehr hohe Mobilisierungsbereitschaft voraus. Aber selbst wenn tausend oder 2.000 zu den großen Teach-ins oder Vollversammlungen kamen – es war immer nur ein Bruchteil der eingeschriebenen 30.000 oder 40.000 Studentinnen und Studenten. Statt darin ein grundsätzliches Legitimationsproblem der eigenen räte­demokratischen Vorstellungen zu erkennen, nahmen die 68er diese Entwicklung gern in Kauf. Schließlich kam es auf die mit dem „richtigen Bewusstsein“ an, also auf sie.

Außerdem bot sich so die Möglichkeit, als gut organisierte Minderheit die eigenen Vorstellungen per Akklamation in den Vollversammlungen durchzusetzen. Und wenn man wider Erwarten (noch) keine Mehrheit hatte, wurde eben so lange geredet, bis genügend Kommilitonen, von

endlosen Wiederholungen gelangweilt oder weil sie am nächsten Morgen in die Vorlesung wollten, den Saal verlassen hatten.

Kaum Toleranz gegenüber Andersdenkenden

So ging von den Vollversammlungen vor allem ein starker Konformitätszwang aus. Abweichende Meinungen außerhalb des marxistischen Binnenpluralismus der 68er wurden, wenn sie angesichts manipulierter Rednerlisten überhaupt zu Wort kamen, schnell ausgebuht, ausgepiffen und niedergeschrien. Und wenn das alles nichts half, dann wurde dem Mikrofon auch schon mal der Saft abgedreht. Gelegentlich gab es auch Handgreiflichkeiten gegen politisch missliebige Redner. Toleranz gegenüber Andersdenkenden – für die allermeisten 68er war das ein Fremdwort.

Da klingt es wie Hohn, wenn den 68ern nachträglich ausgerechnet die Tugend der Zivilcourage zugeschrieben wird.²⁷ Zivilcourage brauchten vor allem die Studentinnen und Studenten, die sich in der aufgeheizten, aggressiven und emotionalisierten Atmosphäre der Vollversammlungen dem 68er-Mainstream entgegenstellten und sich für unseren Staat und unsere Gesellschaft einsetzten, die sie durch Reformen verbessern wollten und von deren Reformfähigkeit sie im Gegensatz zu ihren Gegnern überzeugt waren.

Als die 1979 gegründete Partei der Grünen viele aus der 68er-Bewegung aufsammlte, darunter manche, die es inzwischen in diverse kommunistische Gruppen verschlagen hatte, wollte man ganz anders sein als die etablierten Parteien. Auch rätedemokratische Elemente in der Satzung sollten dazu verhelfen: Basisdemokratie, imperatives Mandat und Ämterrotation. Ämterrotation und imperatives Mandat sind inzwischen abgeschafft und die Mitgliederba-

sis wird an den Entscheidungen der Parteiführung wohl auch nicht stärker beteiligt als das bei anderen Parteien der Fall ist. Von Rätedemokratie will heute keiner ihrer damaligen Verfechter noch etwas wissen.

Erfolge wider Willen

Gemessen an den eigenen Zielen und politischen Überzeugungen sind die 68er auf der ganzen Linie gescheitert, zum Glück. Sie hatten jedoch unbeabsichtigt und gegen ihren damaligen politischen Willen Anteil an Veränderungen, die sich positiv auf das Selbstverständnis des Staates, das Verhältnis von Staat und Gesellschaft und das Zusammenleben der Menschen ausgewirkt haben. Wir leben heute offener, freier und toleranter miteinander zusammen, weniger obrigkeitshörig und autoritätsgläubig.

In der Reaktion auf die Herausforderung der 68er hat der Staat besser gelernt, Protest als Normalität in einer Demokratie zu sehen und gelassener darauf zu reagieren. Bürgerinitiativen stehen für ein neues Selbstbewusstsein der Gesellschaft gegenüber dem Staat. Der Staat ist für die Bürger da – diese Erwartung hat altes obrigkeitsstaatliches Denken weitgehend abgelöst.

Die herausgeforderte Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland hat sich als lernfähig erwiesen und es letztlich geschafft, die Revolutionäre von damals zu integrieren. Dazu musste mancher alte Zopf abgeschnitten, manches als Tradition verkappte Vorurteil über Bord geworfen werden. Es gab eine Wechselwirkung von linksradikalen Impulsen und Reformen, die einerseits durch diese radikalen Impulse mit ausgelöst wurden, andererseits die radikalen Impulse einfangen sollten.

Auch die politischen Parteien haben sich durch die Auseinandersetzung mit den 68ern verändert. Die von Helmut

Kohl und seinen Generalsekretären Kurt Biedenkopf und Heiner Geißler durchgesetzte Modernisierung der CDU von der Honoratioren- zur Mitglieder- und Volkspartei wäre ohne die Herausforderung der 68er wohl nicht in gleicher Weise erfolgt.

Aus dem von Rudi Dutschke als revolutionäre Strategie angekündigten „Marsch durch die Institutionen“ sind Lehrer, Professoren, Journalisten, Banker, Bürgermeister und Minister hervorgegangen, die von Revolutionären zu Demokraten konvertiert sind. Die aus den 68ern hervorgegangene Partei der Grünen und ihre Wandlungen widerlegen aufs Schönste die früheren antiparlamentarischen Positionen vieler ihrer Mitglieder. Die Grünen verstehen sich inzwischen durchaus als staatstragend und suchen unser Gemeinwesen weiterzuentwickeln und zu verbessern.

Der von den 68ern bekämpfte Staat des Grundgesetzes hat sich als stark genug erwiesen, seine einstigen Gegner zu integrieren. Staat und Gesellschaft haben sich dabei verändert und vor allem die 68er haben sich inzwischen verändert – zum Vorteil für alle Beteiligten.

Anmerkungen

¹ *Trittin, Jürgen*: Durchbruch – 68 hat das Land demokratisiert! In: Stern, 3.1.2008.

² *Kraushaar, Wolfgang*: Achtundsechzig – Eine Bilanz. – Berlin: 2008. – S. 259.

³ Interview mit den Westfälischen Nachrichten, 29.3.2008.

⁴ *Luik, Arno*: Aufbruch – Es ist Zeit für ein neues 68! In: Stern, 3.1.2008.

⁵ *Popper, Karl R.*: Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Bd. 2. – 4. Auflage – München: 1975. – S. 292.

⁶ *Kraushaar*: a.a.O., S. 149.

⁷ *Kraushaar*: a.a.O., S. 286.

⁸ Vgl. *Schneider, Michael*: Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968). – Bonn: 1986. – S. 273.

⁹ *Luik*: a.a.O.

¹⁰ *Trittin*: a.a.O.

¹¹ *Aly, Götz*. In: *Focus*, 22.3.2008.

¹² *Aly*: a.a.O.

¹³ *Aly*: a.a.O.

¹⁴ *Aly*: a.a.O.

¹⁵ *Kraushaar*: a.a.O., S. 249.

¹⁶ *Kraushaar*: a.a.O., S. 248.

¹⁷ *Fücks, Ralf*: Wir waren die Guten! In: *Der Tagesspiegel*, 2.3.2008.

¹⁸ *Kraushaar*: a.a.O., S. 102.

¹⁹ *Kraushaar*: a.a.O., S. 192 f.

²⁰ *Fücks*: a.a.O.

²¹ *Trittin*: a.a.O.

²² *Agnoli Johannes / Brückner Peter*: Die Transformation der Demokratie. – West-Berlin: 1967. – S. 68.

²³ *Agnoli, Johannes*: Autoritärer Staat und Faschismus. In: *Clausen Detlev / Dermittel, Regine* (Hrsg.): *Universität und Widerstand. Versuch einer politischen Universität in Frankfurt*. – Frankfurt am Main: 1968. – S. 57.

²⁴ Vgl. *Kraushaar*: a.a.O., S. 145.

²⁵ *Fücks*: a.a.O.

²⁶ *Von Oertzen, Peter*: Freiheitliche demokratische Grundordnung und Rätssystem. In: *Die demokratische Grundordnung. Reihe: Politische Bildung*, 2. Jg., 1969, Heft 1, S. 14 ff.

²⁷ *Fücks*: a.a.O.